Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 3

Artikel: SOS - Volksinitiative : Schweiz Ohne Schnüffelpolizei
Autor: Sozialdemokratische Partei (Dübendorf)
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143532

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

akademische Freiheiten in der Schweiz daherreden! In einer Kantonsratsdebatte sprach ich damals in den siebziger Jahren vom universitär-militärischen Komplex, und ein freisinniger Gegner machte sich über Formulierung und Verflechtung lustig. Es war Dr. Rudolf Friedrich, später Bundesrat und heute Verteidiger der Registereinträge!

Wahrlich, Bundesrat Villiger hätte es schon lange Zeit wissen müssen. Er hätte mich jederzeit fragen können, und ich hätte jederzeit und offenherzig Auskunft gegeben.

Für eine Volksinitiative, «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» (SOS)

Mit grosser Wahrscheinlichkeit hilft nur eine SOS-Volksinitiative «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» gegen politische Naivität und Vertrauenskrise. Zur Zeit prüfen SPS (siehe Kasten) und Komitee gegen den Schnüffelstaat diese und ähnliche Möglichkeiten. Dabei geht es nicht um die Abschaffung der Polizei, die sich mit der Ermittlung und Verfolgung strafbarer Handlungen beschäftigt. Im Visier haben wir die Überwachung der Gesinnung und die Registrierung von Ideen. Diese Methoden lehnen wir aus Gründen der Demokratie und der Freiheit grundsätzlich ab, auch wenn sie gesetzlich geregelt sind. Die Befürworter des Staatsschutzes fragen uns in gewohnter Weise nach Alternativen. Ich werde nicht müde, als Antwort die Forderung nach einer langfristigen und rechtzeitigen Konfliktlösung zu erheben. Ein gerechter Staat, in dem auch die neuen und alten Armen, die Flüchtlinge und andere Minderheiten nicht ausgegrenzt werden, braucht weniger Staatsschutz als eine Schweiz der Intoleranz und des einseitig verteilten Reichtums.

Der heitere Schlusspunkt

Müsste man in der Schweiz nicht einen neuen Preis jährlich (oder sogar mehrmals) verleihen: den Preis der Naivität! Bundesrat Villiger als erster Anwärter für 1990? Das ist gar nicht so sicher. Ich denke ebensosehr an das Schweizerische Rote Kreuz, das angeblich seine Archive über Flüchtlingskinder bei der Bundesanwaltschaft einlagerte und heute Empörung spielt, weil daraus eine Kartei zukünftiger Spione geworden ist. Ein Vorschlag zur Güte: Der neue Preis der Naivität für alt Bundesrat Villiger in seiner neuen Eigenschaft als Ehrenpräsident des Schweizerischen Roten Kreuzes!

Hansjörg Braunschweig

Antrag der SP Dübendorf an den Parteitag der SPS vom 28. April 1990

SOS – Volksinitiative:
Schweiz Ohne Schnüffelpolizei

Falls bis zum 28. April 1990 die Abschaffung der Politischen Polizei nicht Tatsache ist oder nicht unmittelbar vor der Verwirklichung steht, beschliesst der SPS-Parteitag die sofortige Vorbereitung und Lancierung der SOS-Volksinitiative «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» zusammen mit mitbetroffenen Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten, insbesondere zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, notfalls allein. Denkbar ist folgender Verfassungstext:

Art. 65, Ziffer 3:
Die politische Polizei ist abgeschafft.
Die polizeilichen Aufgaben bei der Ermittlung und Verfolgung strafbarer Handlungen bleiben vorbehalten.

Die Unterschriftensammlung beginnt noch in diesem Jahr, um auf die Wut der Bevölkerung rechtzeitig zu reagieren und um die 100000 Unterschriften im Jubiläumsjahr 1991 als Volksinitiative der Freiheit – und als bleibendes Geburtstagsgeschenk der Registrierten und Mitbetroffenen – einzureichen.

Begründung:
Die Politische Polizei ist seit Jahrzehnten als unwürdige und undemokratische Schnüffelpolizei tätig. Bundesanwaltschaft und Bundesrat liessen sie gewähren. Auf Grund der bisher bekannten Eintragungen auf den Fichen muss leider bestätigt werden: Der Politischen Polizei geht es nicht um den Staatsschutz, sondern um den Schutz bestehender Machtverhältnisse. Nur so ist es erklärbar, dass sich das Überwachen und Schnüffeln hautpsächlich gegen Linke, GewerkschafterInnen, gegen Grüne und AKW-GegnerInnen, gegen AusländerInnen, besonders Flüchtlinge, gegen Frauen und junge Menschen, gegen Kultur- und Medienschaffende, gegen Nichtangepasste und Aussenseiter, gegen Liberale und Eigenständige richtet, nicht aber gegen die Grossen und Mächtigen in dieser Gesellschaft gemäss dem bedenklichen Rechtssatz: «Die Kleinen hängt man, und die Grossen lässt man laufen». So haben wir uns Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit nie vorgestellt.